



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/95

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

24. April 1953

Zur Entscheidung des Bundesrates	S. 1
Vor den Gemeindewahlen in Frankreich	S. 3
Möller v.d. Bruck - Lehrmeister der CDU <i>RAP</i>	S. 5
Buchbesprechung: Die politische Wissenschaft in Westdeutschland	S. 6
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

Der Bundesrat blieb fest

(sp) In der gespannten Atmosphäre eines großen Tages hat der Bundesrat am Freitag den erwarteten Beschluß gefaßt, seine Entscheidung über die Westverträge bis zur Erstattung eines Gutachtens über ihre Verfassungsmäßigkeit und Zustimmungsbedürftigkeit auszusetzen. Damit bekannte er sich ausdrücklich noch einmal zu dem vielzitierten Beschluß vom 20. Juni 1952. Die Bedeutung des Gegenstandes führte dazu, daß zeitweise der traditionell gemessene Berichterstattungston aller Bundesratsdebatten zugunsten recht kräftiger Akzente und einer temperamentvollen Lautstärke aufgegeben wurde. Schon eine Stunde vor Beginn war ein journalistisches Großaufgebot versammelt.

Die Argumente die vorgetragen wurden, waren freilich nicht neu, zu lange hat das Thema die Öffentlichkeit bereits beschäftigt. Die Befürworter des Antrages, die politische Entscheidung zu vertagen, konnten sich vor allem auf die Überlegung stützen, daß es sinnlos, ja für das Ansehen des Bundesrates schädlich sei, ohne sichere Rechtsgrundlage eine Entscheidung zu fällen und möglicherweise dann durch das Bundesverfassungsgericht widerlegt zu werden. Bundesregierung und Bundestagsmehrheit sind diesen Weg gegangen und die verfahrensmäßig staatsrechtlich-politische Vertragssituation hat ihren Hauptgrund eben darin, daß Regierung

und Bundestagsmehrheit auf Betreiben des Kanzlers immer wieder die verfassungsmäßige Klärung zu verhindern versucht haben, weil sie befürchten mußten, ihre Auffassung nicht bestätigt zu erhalten.

Durch den jetzt gefaßten Beschluß ist die Möglichkeit gegeben, daß Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat gemeinsam vorgehen, um die Frage der Verfassungsmäßigkeit zu klären. Gerade in dieser Gemeinsamkeit würde auch, nachdem es ein so unerfreuliches Hin und Her in der ganzen Frage gegeben hat, ein erheblicher psychologischer Nutzen liegen. Die Regierung hat zwar am Vorabend der Bundesratssitzung sozusagen vorbeugend ihre ablehnende Haltung für diesen Fall erkennen lassen, aber es ist ja möglich, daß sie sich die Sache noch einmal überlegt. Sollte die Regierung aber, ausgehend von ihrem Standpunkt, die Verträge seien - mit Ausnahme einzelner Bestimmungen - nicht zustimmungspflichtig, diese nun dem Bundespräsidenten zur Unterschrift vorlegen wollen, so ist nach allem, was vorangegangen ist, nicht damit zu rechnen, daß diese Unterschrift gegeben wird. Die Opposition aber würde in diesem Falle sofort die Normenkontrollklage einreichen können, während es Sache des Bundesrates wäre, den Zustimmungsscharakter der Verträge durch das Bundesverfassungsgericht feststellen zu lassen.

Die Diskussion betraf neben dem staatsrechtlichen auch den politischen Komplex dieser Frage. Es war der hessische Ministerpräsident Zinn, der für sein Land besonders nachdrücklich gerade auch auf diesen zweiten Punkt, auf die veränderte außenpolitische Situation und ihre möglichen neuen Aspekte hinwies, die gleichfalls für eine Vertagung der Entscheidung sprächen.

Der Bundeskanzler hat sich in diese Situation selbst hineinmanövriert, einmal durch seine selbstherrliche Art, mit den Bestimmungen des Grundgesetzes umzuspringen, zum anderen vielleicht auch durch die betonte Mißachtung des Bundesrates wie sie in seiner vorschnellen und herausfordernden Erklärung in den USA zum Ausdruck kam, der Bundesrat werde schon zustimmen.

Sicher wird der Kanzler alles versuchen, um diese erste Schlappe nach seiner Rückkehr aus den USA wettzumachen. In keinem Fall kann es etwas schaden, daß er sobald nach dem Überschwang seiner amerikanischen und Hamburger Tage mit den rauen Realitäten der deutschen Politik in Berührung gekommen ist.

Gemeindewahlen in Frankreich

G.S. - Paris

Am 26. April finden in Frankreich Gemeindewahlen statt. Wenn auch im allgemeinen einem solchen Wahlgang nicht die politische Bedeutung einer Parlamentswahl zukommt, so wäre es vollkommen falsch, die bevorstehende Abstimmung zu unterschätzen.

Mehr als bei Parlamentswahlen hat der französische Bürger bei den Gemeindewahlen das Gefühl, nicht nur "Stimmvieh", sondern ein wesentlicher Faktor im Leben der Nation zu sein. Er weiß, worum es geht; er kennt den Bürgermeister seines Wohnbezirkes; er kennt ihn meist persönlich. Er ist sich darüber im klaren, ob es sich da um eine Persönlichkeit handelt, die nur die Schriftstücke unterzeichnet - wie es oft der Fall ist - oder um einen Menschen, der sich wirklich um das Wohlergehen seiner Mitbürger bemüht, der soziale Einrichtungen nicht nur kurz vor den Wahlen, sondern während der ganzen Dauer seiner Amtsperiode schafft. Kurz: Der Wahlbürger ist bei einer Gemeindewahl besser in der Lage, die Spreu vom Weizen zu sondern und dem sonst unbekanntem Kandidaten ein Gesicht aufzusetzen.

Nun will das nicht heißen, daß die bevorstehenden Gemeindewahlen keine politische Bedeutung hätten. Zahlreiche Wähler werden sich in ihrer Wahl nicht so sehr von den administrativen Qualitäten dieses oder jenes Kandidaten, sondern von seiner Parteizugehörigkeit leiten lassen. Und es erscheint vollends klar, daß angesichts der gegenwärtigen innenpolitischen Lage in Frankreich der politische Faktor eine größere Rolle spielen wird denn je.

Es ist nie gut, den Propheten vor einer Wahl zu spielen. Doch sind die gegenwärtigen Verhältnisse in Frankreich so, daß eine Voraussage mit aller Sicherheit gemacht werden kann: Die Gaullisten werden den Riesenerfolg, den sie bei den Gemeindewahlen des Jahres 1947 davontrugen, nicht wieder erringen können. Der Gaullismus ist politisch erledigt und mehr denn je eine politische Erinnerung an die geschichtlich unbestrittene Tat eines Mannes, der sich in der Nachkriegszeit nicht auf der Höhe der Situation zu halten wußte.

Im übrigen haben die Gaullisten ihre Niederlage faktisch bereits

vor den Wahlen eingestanden: In zahlreichen großen und kleinen Orten haben sie auf die Aufstellung eigener Listen verzichtet und sich mit den reaktionär-konservativen Parteien oder mit der katholischen Republikanischen Volksbewegung verbündet. Diese Haltung entspricht der, die auf nationaler Ebene eingenommen wurde: Die Unterstützung der Regierung Mayer war der Beginn des "parlamentarischen Kretinismus", wie in diesen Kreisen früher die Beobachtung der demokratischen Spielregeln genannt wurde.

Eine zweite Hypothese kann aufgestellt werden: Der konservative Vormarsch, der sich bereits bei früheren Wahlgängen bemerkbar machte, wird bei den kommenden Gemeindewahlen bestätigt werden, auf Kosten der Gaullisten, denen die bürgerliche Klientel davonläuft, um wieder in den sicheren Hafen "gutbürgerlicher" Behaglichkeit zurückzukehren. Man möchte es nicht wohl gern mit einer "revolutionären" Partei zu tun haben.

Für die Aussichten aller anderen Parteien begnügt man sich am besten mit einem Fragezeichen. Das gilt für die Kommunisten, die zwar an außerparlamentarischer Schlagkraft verloren haben, die jedoch bei Nachwahlen ihre Wähler im allgemeinen halten konnten. Das gilt weiterhin für die christlich-sozialen Volksrepublikaner, die sich in verschiedenen Orten mit den Gaullisten, in anderen mit den Radikalen verbunden haben, die man heute ganz allgemein zu den konservativen Kräften rechnen kann und die auch aus diesem Grunde mit einigen Erfolgen rechnen können.

Die französischen Sozialisten messen den bevorstehenden Gemeindewahlen eine außerordentliche Bedeutung zu. Nicht zufällig: Die französische Tradition des Sozialismus, des "Gemeindesozialismus", war immer auf konkrete Realisierungen in den Gemeinden orientiert, und auch heute ist diese Tradition keineswegs erloschen. Das ist auch der Grund für die Tatsache, daß die Sozialisten bisher bei Gemeindewahlen erheblich besser abschnitten als bei Parlamentswahlen.

Doch darüber hinaus wird natürlich die Regierung René Mayer von den Wählern "gewogen" werden. Vielleicht wird sie für zu leicht befunden werden, umso mehr als sie sich anschickt, die Steuerschraube gewaltig anzuziehen und die Tarife für Post, Elektrizität und Gas beträchtlich zu erhöhen: Aber das wird erst nach den Wahlen geschehen.

Wie sich die Worte gleichen ...

RAP. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Würmeling und andere Herren warfen in Hamburg der Sozialdemokratie vor, die Demokratie zu zerstören. Dieser Vorwurf wirkt wenig überzeugend, wenn man zugleich liest, daß Herr Ehlers, damaliger Präsident des Deutschen Bundestages, seine literarische und politische Bildung mit Zitaten aus Möller v.d. Bruck belegte.

Wer war Möller v.d. Bruck? Er hielt sich viel in Münchener Kaffeehäusern auf und übte eine Tätigkeit aus, für die Dr. Josef Goebbels die Bezeichnung "Asphaltliterat" erfand. Möller schrieb u.a. auch ein Buch, betitelt "Das Dritte Reich". In diesem Buch stand geradezu unerträglich viel Unsinn; es wurde seiterlang darin zu erklären versucht, wer und was deutsch sei, so zum Beispiel mit dem überheblichen Satz: "Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun".

Dieses konfuse Buch wurde in gewissen Kreisen viel gelesen und sein Titel wurde schließlich zum Namen des "Dritten Reiches" Adolf Hitlers. Besagter Täufer - das meint auf Vorläufer - des Dritten Reiches, des ersten Nazi-Reiches, wurde also von dem christlichen Demokraten Ehlers auf dem CDU-Appl in Hamburg zitiert, Herr Ehlers konnte das umso leichter tun, da Herr Möller v.d. Bruck 1945 keines Persilscheines bedurfte, weil er rechtzeitig gestorben war.

Dieselben Kreise in den ersten Jahren der Weimarer Republik, die ihr Deutschtum in dem Buche des Herrn Möller v.d. Bruck erklärt fanden, gebrauchten mit Vorliebe das Wort "Bonzen" für die Funktionäre der Arbeiterbewegung. Der christliche Demokrat Ludwig Erhard erweckte unter "stürmischem Beifall" (laut "Industriekurier" vom 21.4.1953) auf einer großen Mittelstandsstagung am 19. April in Essen jene Bezeichnung zu neuem Leben, indem er erklärte, daß er (Bundeswirtschaftsminister Erhard) "allein für den Lebensstandard der breiten Masse mehr getan habe als alle Funktionäre und Bonzen der Sozialdemokratie zusammen". Der neckische Zufall wollte es, daß der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, zur gleichen Stunde in Essen vor sozialdemokratischen Mittelständlern sprach, so daß eigentlich gar kein Zweifel darüber bestehen kann, wem Herr Erhard den nazistischen Ehrennamen zugedacht

hat. "Wenn die Herren Sozialisten", so führte der starke Professor laut "Industriekurier" weiter aus, "glauben, jetzt in das Lager des Mittelstandes einbrechen zu können, und Herr Ollenhauer in Essen seine Sirenentöne erklingen läßt, um den Mittelstand in den trüben sozialistischen Fluß hereinzuziehen, dann sollen sie es mit mir zu tun bekommen".

Man sieht, daß die Demokraten von der Christlichen Union nicht nur die Quellen und die Terminologie der Nazis beherrschen, sondern auch deren großsprecherischen Größenwahn geerbt haben. Die Nazis hatten, wie vielleicht noch erinnerlich ist, gerade den deutschen Mittelschichten die höchsten Sterne des Himmels und die größte Lust der Erde versprochen. Welche Ähnlichkeiten werden die christlichen Demokraten vor und während der Wahl zum Bundestag noch entwickeln?

+ + +

Die politische Wissenschaft in Westdeutschland

Dr. Ein Spiegel des politischen und staatswissenschaftlichen Denkens in der Bundesrepublik in den Jahren 1950 bis 1952, so wie es in Büchern und Aufsätzen zum Ausdruck kommt, wird in einer Denkschrift dargeboten, die von der Kongressbibliothek in Washington herausgegeben, durch den Oberländer Ernst in Philadelphia finanziert, und von Dr. A. R. L. Garland von dem Institut für Politische Wissenschaft in Berlin verfaßt, jetzt, leider nur in Englisch, vorliegt: Political Science in Western Germany. Thoughts and Writings, 1950-1952. 118 S.

Gründlich und systematisch bietet sie eine gehaltvolle Darstellung und Analyse des Schrifttums, ein sorgfältiges Verzeichnis der einschlägigen Schriften und am Ende ein Schriftstellerverzeichnis, eine Fundgrube für den Forscher, aber auch eine wertvolle Durchleuchtung der Materie für jeden Deutschen, der sich Rechenschaft ablegen möchte über die Errungenschaften deutscher Denker in der Abrechnung mit der Vergangenheit und in der Vorausschau auf deutsche Möglichkeiten im wesentlichen, nämlich der Befreiung des deutschen Volkes und seiner Einordnung in die freie Welt.

Die Denkschrift ist zum Lesen und nicht nur zum Nachschlagen. Man sollte sie, auch ohne das gelehrte Beiwerk, recht bald ins Deutsche übersetzen und jedem einigermaßen politisch interessierten Leser in die Hand geben. Sie wäre vielleicht sogar dem deutschen Leser noch zugänglicher und nützlicher als dem Amerikaner, dem naturgemäß die Voraussetzungen fehlen, ihre Lehren voll zu bewerten.

+ + +

Nachrichten aus der SowjetzoneKrankengeld-Zahlungen nur nach Plan

(sp) Infolge der Ernährungskrise ist in der Sowjetzone ein rapides Ansteigen der Krankheitsfälle zu beobachten. In einem vertraulichen Rundschreiben der Bezirksverwaltung Potsdam der Sozialversicherung wird dargelegt, daß allein im Industriezweig Bau-Holz die durchschnittliche Krankenzahl von 6,02% im Dezember 1952 im Februar 1953 auf 9,01% angestiegen ist. Im Februar 1953 waren in diesem Industriezweig bei den Frauen sogar 10,37% krank gemeldet. Nach der gleichen Quelle stieg in diesem Zeitraum die durchschnittliche Krankenzahl bei der IG-Transport und Verkehr von 6,44% auf 10,01% und bei der IG-Metallurgie von 7,27% auf 10,53%.

Anstatt sich darüber Gedanken zu machen, wie die Ursachen für die Massenerkrankungen zu beseitigen sind, gibt die Sozialversicherung Potsdam ihren Außenstellen und den Gewerkschaften ein anderes Rezept. Sie schreibt: "Im Monat Februar sind im Republikmaßstab an Krankengeld 24 Mio M über den Plan gezahlt worden. Innerhalb der Bezirksverwaltung Potsdam sind es allein 539.920 M = 45,3% Planüberschreitungen auf dem Konto Krankengeld. Aufgrund dieser Tatsache ist es Aufgabe des FDGB, die Sozialversicherung im Kampf um die Normalisierung des Krankenstandes und bei der Durchführung des strengsten Sparsamkeitsregimes mit zu unterstützen". Zu gut deutsch: Krankenschreibungen und Krankengeldzahlungen haben nur im Rahmen des Plans zu erfolgen, was darüber hinaus geht, ist strafbar.

x

In jeder Kreisstadt eine Briefzensurstelle

Die sowjetzonale Post wird trotz des allgemeinen Personalabbaues im Rahmen des sogenannten Sparsamkeitsregimes in verschiedenen Abteilungen die Zahl der Beschäftigten wesentlich erhöhen. So sieht der Finanzplan für 1953 die Aufwendung von 2 Mio M für Angestellte der Briefzensur vor, während im Jahre 1952 nur 980000 M für diesen Zweck aufgewendet wurden. Mit diesen Mitteln soll erreicht werden, daß jede Kreisstadt der Sowjetzone eine Briefzensurstelle erhält. Ebenfalls 2 Mio M sollen für Paketzensurstellen verbraucht werden. Diese Einrichtung ist neu, da bisher die Kontrolle an den Paketschaltern selbst durchgeführt wurde. Dem Staatssicherheitsdienst erschien aber diese Kontrollmethode nicht zuverlässig genug.

x

Sämtliche Gaststätten in Röntgental und Zepernick wurden von der Volkspolizei beschlagnahmt, um künftig als Mannschaftsunterkünfte zu dienen. Für sechs weitere Gaststätten in Bernau erging ebenfalls Räumungsbefehl. Daraus läßt sich auf eine Verstärkung der Volkspolizei in den Berliner Randgebieten schließen.

x

Der Mangel an Viehfutter führte im Kreis Finsterwalde zu zahlreichen Notschlachtungen. Die Milchproduktion ist so zurückgegangen, daß Bauern, die ihr Abgabesoll erfüllen, Seltenheitswert besitzen.

 Verantwortlich: Peter Raunau